



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir eine wichtige Entscheidung für das weitere Zusammenleben in unserem Land getroffen. In einem umfangreichen Gesetzespaket haben wir Maßnahmen verabschiedet, um einerseits die Asylverfahren zu beschleunigen, aber auch um die Integration derer, die ein Bleiberecht erhalten, zu verbessern. Nicht zuletzt haben wir die Verteilung der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge neu geregelt, von de-

nen im diesem Jahr bis zu 30.000 erwartet werden. In den kommenden Jahren wird der Bund dafür jährlich rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Es ist aber auch klar, dass es angesichts der aktuellen Lage den einen Befreiungsschlag, mit dem wir alle Probleme sofort und dauerhaft lösen, nicht gibt. Wir müssen an vielen Schrauben drehen. Ganz besonders wichtig ist es, dass wir endlich auch auf europäischer Ebene eine Lösung zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge kommen. Hotspots in Griechenland werden helfen,

die Situation zu entspannen. Wir müssen aber auch die Türkei unterstützen, die derzeit zwei Millionen Menschen aus Syrien aufgenommen hat. Und nicht zuletzt müssen wir unsere Anstrengungen zur Befriedung der Bürgerkriegsregionen verstärken. Das ist sicherlich die schwierigste Aufgabe.

Eine angenehme Lektüre wünsche ich Ihnen.

Die neuen Asylgesetze

Schnellere Ablehnung unberechtigter Anträge, frühere Integration Hilfsbedürftiger

Asylverfahren schnell beenden	Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer
	Verlängerte Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen während des Verfahrens
	Konsequenter Durchföhrung von Abschiebungen
Fehlanreize vermeiden	Sachleistungen statt Geldleistungen in Erstaufnahmestellen
	Beschränken der Taschengeld-Vorauszahlungen
	Leistungskürzungen für abgelehnte Asylbewerber auf Existenzminimum
Bewerber früher integrieren	Integration in die deutsche Leitkultur einfordern
	Frühzeitiger Zugang zu Sprachkursen
	Lockerung des Leiharbeitsverbots für Facharbeiter
Kommunen entlasten	Zusätzliche Zahlung von 670 Euro monatlich pro Asylbewerber vom Bund an die Kommunen
	Erlaubnis für asylsuchende Ärzte in Erstaufnahmeeinrichtungen zu helfen
	Vereinfachen des Baurechts für Errichtung kostengünstiger Unterkünfte

Nr. 4718. WP
16. Oktober 2015

10 Jahre Einsatz für Menschenwürde im Iran

Am 13. Oktober beging das Deutsche Solidaritätskomitee für einen freien Iran (DSFI) sein zehnjähriges Bestehen. An der Veranstaltung unter dem Motto „Demokraten helfen Demokraten“ in der Landesvertretung Brandenburg nahmen neben der früheren Bundestagspräsidentin und DSFI-Beiratsvorsitzenden Rita Süssmuth eine Reihe von Mitgliedern des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses teil. In den Reden wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, dass der Widerstand gegen den islamischen Fundamentalismus, gegen den Terror des Gottesstaates Iran richtig ist und Unterstützung benötigt, um den Wandel zur Freiheit und Demokratie zu erreichen.

In meinem Beitrag habe ich betont, dass ich meine Frei-



Politologe Christian Zimmermann (links) Foto: DSFI

heit und mein Glück nicht durch das Blut von anderen Menschen, durch Hinrichtungen, die im Iran weiterhin an der Tagesordnung sind, erkaufte haben möchte. Anerkennende Verhandlungen und wirtschaftliche Kontakte zum offiziellen Iran können nicht der Preis für meine Sicherheit und meine Frei-

heit sein und schon gar nicht für mein materielles Wohlergehen. Und das müssen wir den Menschen auch hier in Deutschland immer wieder neu sagen, dass wir dem Kampf für Freiheit und Demokratie Solidarität schulden. Nur diese Solidarität macht auch unsere Zukunft sicher.

Politik in der Schule

Schon zum zweiten Mal besuchte ich gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Annalena Baerbock (Bündnis 90/Grüne) und dem Landtagsabgeordneten René Wilke (Die Linke) eine 11. Klasse des Gauß-Gymnasiums in Frankfurt (Oder). In Kleingruppen diskutierten wir über aktuelle Themen der Bundespolitik, über Meinungsbildung innerhalb von Fraktionen, Umgang mit Kritik und vieles mehr. Die Schülerinnen und Schüler waren gut vorbereitet, stellten direkte Fragen und waren so interessiert,

dass sie sich unbedingt eine Fortführung dieses Austausches wünschten – sogar auch außerhalb der Unterrichtszeit. Es macht mir Mut, eine so engagierte, neugierige

Generation zu erleben, die sich für das Funktionieren unserer Demokratie interessiert und sich aktiv daran beteiligen möchte.



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr



fluechtlingshelfer.net
Onlineforum für Flüchtlingshelfer

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Welche Rolle spielt Gehorsam in der Politik?



von links nach rechts: René Wilke (MdL, DIE LINKE), Moderator der MOZ Uwe Stiehler, Annalena Baerbock (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)

Die diesjährigen Kleistfesttage in Frankfurt (Oder) standen unter dem Thema „Ungeheuer Gehorsam“. Zentrales Stück war Kleists „Der Prinz von Homburg“. In Filmen und Theaterstücken wurde um das richtige Maß von Gehorsam und Ungehorsam gerungen. Auch in der Politik steht man oft vor solchen Fragen: Wie wichtig ist Gehorsam zugunsten von Geschlossenheit inner-

halb der Partei? Braucht es mehr Mut als Gehorsam, um Verantwortung zu übernehmen? Wann ist Ungehorsam angebracht? Darüber diskutierte ich am vergangenen Freitag im Kleist Forum mit der Bundestagsabgeordneten Annalena Baerbock (Bündnis 90/Grüne), dem Landtagsabgeordneten René Wilke (Die Linke) und dem Journalisten Uwe Stiehler von der Märkischen Oderzeitung. Für

mich ist es wichtig, bei allen politischen Entscheidungen die Verantwortung für die Bevölkerung im Blick zu haben. Nicht alles, was ich privat für richtig und wichtig erachte, kann ich auch von allen anderen erwarten. In der Diskussion mit dem Publikum zur Asylpolitik habe ich aber auch betont, dass die Verfassung den Rahmen für das politische Handeln vorgibt.

Besuch beim deutsch-polnischen Jugendorchester

In der vergangenen Woche wurde ich von den Mitgliedern des deutsch-polnischen Jugendorchesters eingeladen, um nach ihrer Probe über die derzeitige Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland und Europa zu berichten. Dabei gab es innerhalb des Orchesters sehr unterschiedliche Mei-

nungen zur Position unserer Regierung. Ich habe sie ermutigt, den Kontakt zu Flüchtlingen zu suchen, denn nur durch gegenseitiges Kennenlernen können Vorbehalte und Vorurteile abgebaut werden. Ein schönes Zeichen ist für mich, dass die Jugendlichen demnächst in einer Flüchtlingsunterkunft ein Konzert geben möchten.

